

Inhaltsverzeichnis

Einleitung und Themenstellung	1
I. Kausalität als Gesetzmäßigkeit und Bedingung	1
II. Haftung ohne nachgewiesene Kausalität	2
1. Kapitel. Kausalität als Gesetzmäßigkeit und Bedingung	5
§ 1 Vorfragen	5
I. Vorrechtlicher oder normativer Kausalitätsbegriff?	5
1. Das wissenschaftstheoretische Kausalitätsverständnis: die Regularitätstheorie	6
2. Die Offenheit des wissenschaftstheoretischen Kausalitätsverständnisses für externe Wertungen	6
a) Art der anwendbaren Gesetzmäßigkeiten	6
b) Das logische Bedingungsverhältnis zwischen Einzelbedingung und Wirkung	7
3. Ergebnis	8
II. Zur grundsätzlichen Einheitlichkeit des Kausalitätsverständnisses im Straf- und Haftungsrecht	9
§ 2 Die Conditio-Formel: die Ursache als notwendige Bedingung	12
I. Notwendige Bedingungen und Erfolgsvermeidung	12
1. Grundgedanken	12
2. <i>Rothenfußers</i> Kausalitätskriterium der notwendigen Bedingung ..	13
3. Die notwendige Ergänzung der Conditio-Formel durch Kausalgesetze	15
4. Kritik der Conditio-Formel als logisch falsche Definition des Bedingungsverhältnisses	16
II. Mehrere zurechenbare Handlungen als notwendige Bedingungen ...	17
III. Hypothetische Kausalität – Ersatzursachen	19
1. Untaugliche Ansätze zur Abgrenzung von Eingriffs- und Ersatzursache	20
a) Ersetzung der Conditio-Formel durch den NESS-Test	20
b) Die Lehre vom Erfolg in seiner konkreten Gestalt	21
2. Ausscheiden von Ersatzursachen durch genetische Kausalerklärung	23
3. Die grundsätzliche Maßgeblichkeit der Eingriffsursache	25
a) Im Haftungsrecht	25
b) Keine Haftung des hypothetischen Verursachers	26
c) Im Strafrecht	28
4. Ergebnis	29

IV. Kausale Überbestimmtheit des Erfolgs – Doppelkausalität	29
1. Die modifizierte Conditio-Formel	30
2. Der NESS-Test	32
a) Begriffliche Vorklärung	32
b) Notwendige Ergänzung von Engischs Lehre von der gesetz- mäßigen Bedingung	33
3. Kausale Überbestimmtheit als Unaufklärbarkeitsproblem	35
4. Die Möglichkeit prinzipiell unauflösbarer Konstellationen von kausaler Überbestimmtheit	36
5. Zurechnung des Erfolgs bei echter kausaler Überbestimmtheit	38
6. Doppelkausalität und Erfolgsvermeidung	40
a) Vollständige Überbestimmtheit	40
b) Teilweise Überbestimmtheit – Gremienentscheidungen	43
c) Begrenzte Funktion des NESS-Tests	44
V. Ergebnis	44
1. Der individualisierende Charakter der genetischen Kausalanalyse	45
2. Die Separierung überbestimmender Kausalfaktoren	45
3. Notwendige Bedingung und Prima-facie-Vermeidbarkeit	46
§ 3 Individueller Kausalzusammenhang und allgemeines Kausalgesetz	47
I. Das Modell der deduktiv-nomologischen Erklärung	47
1. Effektive Erklärungen und Erklärbarkeitsbehauptungen	48
2. Kausale Erklärung und Bedingungsverhältnis	50
3. Kausale Erklärung als Antwort auf die <i>Warum</i> -Frage	51
4. Das Problem des universalen Determinismus zwischen Meta- physik und moderner Physik	52
a) Kein normativ relevanter Unterschied zwischen indetermi- nistischen und anderen nicht beherrschbaren Kausalverläufen	52
b) Die theoretische Möglichkeit irreduzibel statistischer Gesetze	53
5. Empirische Überprüfbarkeit	54
II. Die Notwendigkeit, statistische Gesetzmäßigkeiten zur Feststellung der Kausalität zuzulassen	55
1. Zur Unmöglichkeit singulärer Kausalurteile ohne Bezugnahme auf Kausalgesetze	56
a) Grobe Faustregeln der Alltagserfahrung als Kausalgesetze	57
b) Regularitätstheorie der Bedeutung als einheitliche rationale Rekonstruktion aller Kausalurteile	58
2. Psychische Kausalität	59
a) Die Hervorrufung des Handlungswillens am Beispiel der An- stiftung	60
b) Psychische Kausalität und Überbestimmtheit – Mehrheit von Gründen	61
aa) Gründe als Ursachen für eine getroffene Entscheidung	61
bb) Die Funktion von Gesetzmäßigkeiten bei der Feststellung der psychischen Kausalität	63
c) Die Eigenständigkeit der psychischen Kausalität	64

III. Die Methode des Alternativenausschlusses zur Feststellung notwendiger Bedingungen	65
1. Die Unzulänglichkeit der Feststellung einer bloßen Risikohö- höhung	66
a) <i>Suppes'</i> Theorie der probabilistischen Kausalität	66
b) Der prognostische Charakter von Einzelfallurteilen in <i>Suppes</i> Theorie	67
2. Beobachtung der kausalen Zwischenstadien in einfachen Fällen . .	68
3. Zur Möglichkeit der Kausalitätsfeststellung ohne Verständnis des Wirkungsmechanismus	69
a) Das Problem der Unterscheidung zwischen kausalen und nicht-kausalen Regularitäten	72
b) Kriterien für die Gesetzesartigkeit einer Aussage	73
c) Geringe Wahrscheinlichkeit	74
4. Problemfall „Holzschutzmittel“	76
5. Ergebnis	77
2. Kapitel. Kausalität in der ökonomischen Analyse des Haftungsrechts	77
§ 4 Ziele und Methoden der ökonomischen Analyse des Rechts	77
I. Die Vermengung normativer und positiver Ansprüche	78
II. Ökonomische Effizienzkriterien	80
1. Der formale Nutzenbegriff der modernen Wohlfahrtsökonomik . .	80
2. Das Pareto-Kriterium	80
3. Das Kaldor-Hicks-Kriterium	81
4. Normative Rechtfertigung des Kaldor-Hicks-Kriteriums	81
§ 5 Das Haftungsrecht als Strategie zur Internalisierung externer Kosten	83
I. Die Symmetrie in der Verursachung	84
II. Der integrierte Gesamteigentümer	87
III. Das Theorem von <i>Shavell</i> : Das Problem der bilateralen Steuerung des Aktivitätsniveaus durch Haftungsnormen	88
1. Die Unterscheidung von Sorgfalts- und Aktivitätsniveau	89
2. Wertungsmäßige Relevanz der Unterscheidung	90
IV. Überwindung der Symmetrie durch nicht-kausale Kriterien	92
1. Der cheapest cost avoider als Ersatz für den Verursacher	92
2. Steuerung des Niveaus konfligierender Aktivitäten und Vertei- lungsgerechtigkeit	93
V. Internalisierung externer Effekte als ergänzungsbedürftiges Zentral- prinzip des ökonomisch verstandenen Haftungsrechts	94
§ 6 Die Haftung bei nachgewiesener Verursachung des Schadens	97
I. Die Tendenz der ökonomischen Modellbildung, den Unterschied zwischen Ex-ante- und Ex-post-Perspektive zu verwischen	98
1. Die informationellen Annahmen des Standardmodells der öko- nomischen Analyse des Haftungsrechts	98
2. Der entscheidungstheoretische Umgang mit Ungewißheit: Erwartungswert und Risikoneutralität	99

II. Kausalität und Fahrlässigkeitshaftung	101
III. Kausalität und Gefährdungshaftung	102
IV. Vorhersehbarkeit	103
V. Ergebnis	104
3. Kapitel. Haftung ohne nachgewiesene Verursachung	107
§ 7 Typologie der Fälle unaufklärbarer Verursachung	109
I. Alternative Täterschaft – Indeterminate Defendant	109
1. Die Grundkonstellation der Geschädigteneinzahl	109
2. Der Sonderfall der Geschädigtenmehrheit	110
3. Alternativtäterschaft bei Massenschäden – die DES-Fälle	110
II. Konkurrierender Zufall und alternative Opferschaft	112
1. Konkurrierender Zufall als mögliche Ursache eines Einzelschadens	112
2. Alternative Opferschaft – Indeterminate Plaintiff	112
§ 8 Effizienzbedingungen der Wahrscheinlichkeitshaftung bei unaufklär-	
barer Verursachung	114
I. Die verwendeten Wahrscheinlichkeitsbegriffe	114
1. Die Ex-ante-Risikoerhöhung	114
2. Die Ex-post-Verursachungswahrscheinlichkeit	115
a) Ableitung aus der Ex-ante-Risikoerhöhung	116
b) Bei fehlenden Daten über die Ex-ante-Risikoerhöhung	116
3. Beweiswahrscheinlichkeit	117
4. Mehrdeutigkeit dieser Wahrscheinlichkeitsbegriffe	118
II. Konkurrierender Zufall	119
1. Die Ineffizienz der beweisrechtlichen Schwellenwertkriterien	119
2. Die Effizienzeigenschaften der Wahrscheinlichkeitshaftung	120
a) Ex-ante-Version des ökonomischen Internalisierungsprinzips	120
b) Haftung nach Beweiswahrscheinlichkeiten	121
c) Haftung nach Verursachungswahrscheinlichkeiten	121
d) Bewertung	122
3. Terminologie	123
III. Alternativtäterschaft	123
1. Interpretation als Wahrscheinlichkeitshaftung	123
2. Abgrenzung zum bloßen Beteiligungsverdacht	124
a) Der Ausgangsfall	125
b) Die Einordnung des Problems	126
c) Die Ineffizienz der Haftung für bloßen Beteiligungsverdacht	127
d) Der Entschädigungsfonds der Kraftfahrzeughaftpflichtver-	
sicherer	127
e) Keine Haftung bei bloßem Beteiligungsverdacht	128
IV. Der grundsätzliche Vorrang der Verursachungshaftung und seine	
Grenzen	128
1. Ökonomische Gründe für den Vorrang der Verursachungshaftung	128
2. Die Rolle des Geschädigten	129
3. Aufklärungsanreiz für den Geschädigten	130

a) Erfahrungswissenschaftliche Erkenntnisdefizite	130
b) Kontingente Aufklärungsschwierigkeiten	131
4. Anspruchsbeziehung bei ungeklärter Verursachung	131
V. Voraussetzungen der Haftung ohne Nachweis der individuellen Verursachung	132
1. Statistische Verursachungshaftung	133
a) Ein Schädiger – alternative Opferschaft	133
aa) Haftung des Schädigers für die zurechenbare Risikoerhöhung in einer Gruppe	133
bb) Verteilung der Ersatzansprüche unter den alternativen Opfern	133
cc) Praktische Schwierigkeiten	134
b) Mehrere Schädiger – Marktanteilshaftung	135
c) Zusammenfassende Bewertung	136
2. Qualifizierte Pflichtverletzung	137
a) Haftung als Sanktionierung der Fahrlässigkeit	137
b) Qualifizierte Sorgfaltswidrigkeiten	138
c) Einfache Pflichtverletzung	139
d) Haftungsumfang	139
e) Beteiligung	140
3. Echte Wahrscheinlichkeitshaftung	141
a) Wahrscheinlichkeit im Einzelfall	141
aa) Identische Informationslage aller Beteiligten	141
bb) Ex-ante-Perspektive	142
cc) Keine neuen Erkenntnisse nach Eintritt des Schadens	142
dd) Nur ausnahmsweise auftretende Unaufklärbarkeit	143
b) Wissenschaftliche Erkenntnisdefizite	143
VI. Ergebnis	144
§ 9 Die Alternativtäterschaft	146
I. Alternativtäterschaft mit einem Geschädigten	147
1. Vornahme einer zum Schadensersatz verpflichtenden Handlung	147
a) Mehring: Reduzierter Rechtswidrigkeitsmaßstab	148
b) Würdigung	149
2. Mögliche Verursachung des Schadens	151
3. Weitere Einschränkung des Beteiligtenbegriffs	151
a) Ältere Rechtsprechung: Einheitlicher Lebensvorgang	151
b) Konkrete Eignung – Konkrete Gefährdung (h.L.)	152
c) Bedürfnis einer Eingrenzung bei der Verschuldenshaftung	153
aa) Konkrete Gefährdung als Bestandteil des Tatbestands der Verschuldenshaftung?	153
bb) Verursachung und Zufall	154
d) Konkrete Gefährdung bei den Tatbeständen der Gefährdungshaftung	155
4. Keine Haftung bei nur möglicher Beteiligung	156
5. Ergebnis	157

II. Anteilszweifel	157
1. Analoge Anwendung von § 830 Abs.1 S.2 BGB	157
2. Mehrfachschädigung eines Opfers ohne Beteiligteneigenschaft der Schädiger	159
3. Ergebnis	160
III. Alternative Schädigung und Mehrzahl von Geschädigten	160
1. Fehlende Beteiligung wegen unsicherem Handlungsadressaten? ..	161
a) Paradoxe Ergebnisse	161
b) Strukturelle Unterschiede zwischen Gefährdung und Kausalität	162
c) Modifikation des Beteiligtenbegriffs	163
2. Teleologische Reduktion von § 830 Abs.1 S.2 BGB	163
a) Notwendigkeit einer Gesamtbetrachtung	164
b) Vergleich mit der Mehrfachschädigung eines Rechtsinhabers ..	165
3. Ausgestaltung der Haftung	165
a) Haftung jeden Schädigers für den höchsten Einzelschaden	165
b) Anspruchsberechtigung	166
c) Sonderfall der zunächst unerkannten Geschädigtenmehrheit ..	166
4. Keine Beteiligteneigenschaft im Sinne von § 830 Abs.1 S.2 BGB ..	167
a) Analogie zur Schädigung eines Rechtsinhabers	167
b) Praktische Durchführung	168
IV. Massenschäden mit Alternativtäterschaft – DES-Fälle	168
1. Konkrete Gefährdung durch Inverkehrbringen eines gefährlichen Produkts?	169
2. Gefährdungsterminologie als verfehelter Versuch einer individua- listischen Deutung der Marktanteilshaftung	171
3. Marktanteilshaftung als statistische Verursachungshaftung	171
a) Begründung im System des Haftungsrechts	172
b) Korrekte Aufteilung des Gesamtschadens	173
c) Die Rechtslage in den Niederlanden	174
4. Probleme der Einführung einer Marktanteilshaftung durch Gerichte	174
a) Friktionen zwischen der Haftung nach statistischer und indi- viduell nachgewiesener Verursachung	175
b) Aufteilung des Gesamtschadens auf die Schädiger	175
c) Ergebnis	176
5. Bereichsspezifische Ad-hoc-Entschädigungsfonds	176
a) Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot?	176
b) Allgemeiner Entschädigungsfonds	177
V. Zusammenfassung	178
§ 10 Konkurrerender Zufall und alternative Opferschaft	179
I. Meinungsstand	179
1. Kausalitätsproblem	179
2. Chance als eigenständiges Rechtsgut	180
II. Die Ratio des § 830 Abs.1 S.2 BGB: Meinungsstand	182
1. Beweislastrechtliche Ansätze	182

a) Schuldhafte Beweisvereitelung	183
b) Beweislastverteilung nach Gefahrenbereichen	184
2. Materiellrechtliche Ansätze	185
a) Die feststehende Ersatzberechtigung des Geschädigten	185
aa) Die Ursachenvermutungen nach §§ 6, 7 UmweltHG, 84 Abs. 2 AMG	185
bb) Kritik	187
b) Verursachung und Zufall	188
3. Ergebnis	189
III. Prävention und Ausgleich als Haftungszwecke	189
1. Die Ausgleichsfunktion des Schadensrechts	189
2. Die Präventionsfunktion des Haftungsrechts	190
a) Die Ordnungsaufgabe des Haftungsrechts	191
b) Ökonomische Prävention als fundamentales Haftungsprinzip .	192
c) Verhältnis des haftungsrechtlichen Präventions- zum schadens- rechtlichen Ausgleichsprinzip	195
3. Ergebnis	196
IV. Die Prävention als Argument in haftungsrechtlicher Rechtsprechung und Literatur	196
1. Überkompensatorische Strafzuschläge	197
2. Beweislastumkehr bei groben Behandlungsfehlern des Arztes	198
3. Ursachenvermutung nach § 6 UmweltHG	199
4. Ergebnis	200
V. Prävention durch Haftung ohne nachgewiesene Verursachung	201
1. Modifikation des Ausgleichsprinzips	202
2. Vermeidung von Schutzdefiziten bei typischerweise unaufklär- barer Kausalität	203
3. Die Bedeutung des Verschuldensgrades	204
a) Überkompensatorische Sanktionen für vorsätzliche Rechts- verletzungen	204
b) Grobe Behandlungsfehler	205
c) Qualifizierter Sorgfaltsverstoß	205
d) Ursachenvermutungen in der Gefährdungshaftung	206
aa) Ursachenvermutung nach §§ 6, 7 UmweltHG	207
bb) Bergschadensvermutung nach § 120 BbergG	207
cc) Ursachenvermutung nach § 34 GenTG	207
dd) Ursachenvermutung nach § 84 Abs. 2 AMG	208
ee) Ergebnis	209
4. Ergebnis	210
§ 11 Übergreifende Prinzipien der Haftung ohne nachgewiesene Kausalität	211
I. Statistische Verursachungshaftung	211
II. Qualifizierte Pflichtverletzung	212
III. Echte Wahrscheinlichkeitshaftung	212
IV. Sonderstellung der Alternativtäterschaft?	213
1. Keine Sperrwirkung des § 830 Abs. 1 S. 2 BGB	214

2. § 830 Abs.1 S.2 BGB in der Gefährdungshaftung	215
3. Ergebnis	216
Anhang: § 12 Der Begriff der Wahrscheinlichkeit in der Wissenschaftstheorie	219
I. Der Begriff der Wahrscheinlichkeit in der Mathematik und Wissen- schaftstheorie	219
1. Der mathematische oder axiomatische Wahrscheinlichkeitsbegriff	220
2. Die objektive oder Häufigkeitstheorie der Wahrscheinlichkeit . . .	220
a) Die Spielraumtheorie und das Indifferenzprinzip	221
b) Die Grenzwerttheorie	222
3. Die subjektive Theorie der Wahrscheinlichkeit	223
4. Wahrscheinlichkeit als nicht definierbarer theoretischer Begriff: Propensity-Deutung	225
5. Das Problem der Wahrscheinlichkeit von Einzelereignissen	226
II. Konsequenzen für die Problematik der Zurechnung nach Wahr- scheinlichkeiten	226
1. Die relative Häufigkeit auf lange Sicht als Paradigma der Wahr- scheinlichkeit	226
2. Objektivität und Einzelfallbezogenheit von Wahrscheinlichkeiten	228
3. Das Problem fehlender Häufigkeitsbeobachtungen – Ungewißheit zweiten Grades	229
4. Die Feststellung von statistischen Erfahrungssätzen und deren Anwendung auf Einzelfälle	230
5. Das Anwendungsproblem: die Mehrdeutigkeit statistischer Sys- tematisierungen	231
a) Der statistische Syllogismus	231
b) Vermeintliche Auswege aus der Mehrdeutigkeit – <i>Hempels</i> Prinzip der maximalen Bestimmtheit	233
c) Unvollkommene Aufklärung im Gerichtsverfahren system- bedingt	234
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	237
Literaturverzeichnis	249